

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

Entschließung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass durch die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs von Neuinfektionen mit dem Coronavirus die Zahl der Neuinfektionen auch im bundesweiten Vergleich stark gesenkt werden konnte;
2. dass die aus Infektionsschutzgrnden erforderlichen und mit tiefgreifenden Einschnitten in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben verbundenen Maßnahmen von der großen Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg mitgetragen werden;
3. dass die konsequente Beachtung der notwendigen Einschränkungen zu einer deutlichen Senkung der Neuinfektionen geführt hat, wofür der Landtag von Baden-Württemberg den Bürgerinnen und Bürgern seinen großen Dank ausspricht;
4. dass für alle von den Folgen der Pandemie besonders betroffenen Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind;
5. dass die Überlegungen der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern im Hinblick auf eine sichere und gerechte ffnungsstrategie begrüßt werden;
6. dass Anstrengungen notwendig sind, um einen Gesundheitsnotstand von nationaler Tragweite abzuwenden, insbesondere im Hinblick auf die mutierten Formen des Coronavirus SARS-CoV-2, die ein deutlich erhöhtes Infektions- und Verbreitungsrisiko aufweisen. Daher ist es weiter notwendig, auch bei aktuell deutlich gesunkenen Neuinfektionszahlen, Kontakte weiterhin zu reduzieren;
7. dass durch die Zulassung von Impfstoffen und den Start der Impfkampagne die entscheidende Etappe zur Pandemiebekämpfung begonnen hat. Da der Impfstoff weltweit ein knappes Gut ist, wird es noch einige Zeit dauern, bis jedem Bürger ein Impfangebot gemacht werden kann. Deshalb sind Schutzmaßnahmen und Kontaktnachverfolgung, die aber nur bei niedrigem Infektionsgeschehen flächendeckend möglich sind, weiterhin zur Pandemiebekämpfung essentiell;
8. dass wirksame Maßnahmen zum Schutz von vulnerablen Gruppen, insbesondere in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeeinrichtungen, nach wie vor erforderlich bleiben;

Eingegangen: 11.02.2021 / Ausgegeben: 11.02.2021

1

9. dass Kinder, Jugendliche und Familien besonders stark von den Folgen der Pandemie betroffen sind. Eine besondere Priorität liegt daher auf der schrittweisen Öffnung der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Grundschulen im Lichte der Pandemieentwicklung;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Vereinbarung der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs vom 10. Februar 2021 zeitnah und angemessen umzusetzen;
2. weiterhin der aktuellen Pandemielage in Baden-Württemberg entsprechend, die für den Infektionsschutz notwendigen Maßnahmen zu treffen;
3. abzuwägen, wann und wie die derzeit aufgrund der Schutzmaßnahmen geschlossenen Einrichtungen – wie etwa im Bereich Bildung, Hochschulen, Kunst und Kultur sowie Wirtschaft, Handel, Dienstleistung, Gastronomie und Hotellerie – Öffnungsperspektiven erhalten können;
4. bei der Entwicklung von Öffnungsperspektiven der Öffnung von Kindertagesstätten und Grundschulen Priorität einzuräumen. Öffnungsschritte müssen vor dem Hintergrund der Virusmutanten vorsichtig und schrittweise erfolgen. Die schrittweise Öffnung der Grundschulen, Kitas sowie Einrichtungen der Kindertagespflege soll daher mit einem gezielten Testangebot im Rahmen einer erweiterten Teststrategie begleitet werden;
5. wie beabsichtigt ist, eine flächendeckende Sequenzierung der in Baden-Württemberg genommenen Proben zur Untersuchung von Mutationen des Coronavirus SARS-CoV-2 vorzunehmen. Das Sequenzierungskonzept der Landesregierung wird ausdrücklich begrüßt;
6. weiterhin in Abstimmung mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die durch die Infektionsschutzmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Dienstleistung sowie Kunst und Kultur, Gastronomie und Hotellerie betroffenen Menschen und Unternehmen finanziell unterstützt werden; die Hilfen auf Bundesebene sowie ergänzenden Unterstützungsmaßnahmen auf Landesebene sollen so schnell wie möglich ausbezahlt werden.

10. 02. 2021

Schwarz, Andreas
und Fraktion

Dr. Reinhart
und Fraktion